

IG Industriestrasse ist unzufrieden

LUZERN Wie geht es weiter mit der Industriestrasse? Vertreter der IG, der Stadt, der Parteien und des Quartiervereins haben diskutiert – es gab einige Streitpunkte.

LENA BERGER
lena.berger@luzernerzeitung.ch

Mit einem sogenannt «partizipativen Prozess» versucht die Stadt derzeit, die verschiedenen Ideen unter einen Hut zu bringen, wie die Industriestrasse neu gestaltet werden soll. Ganz gelungen ist ihr das bislang offenbar nicht. Zumindest macht sich bei der IG Industriestrasse Ernüchterung breit. Sprecher Philipp Ambühl kritisiert: «Die verschiedenen Player sind nicht direkt in den Prozess einbezogen worden. Vielmehr wurden uns am zweiten Workshop letzten Dienstag drei Varianten präsentiert, zu denen wir uns mangels Zeit kaum im Detail äussern konnten.»

Was heisst «zahlbar»?

Inhaltlich äussert sich keiner der Teilnehmer zu den Varianten. Ambühl befürchtet nach dem Workshop aber, dass

«Wir wollen, dass 4½-Zimmer-Wohnungen nicht mehr als 1500 Franken kosten.»

PHILIPP AMBÜHL,
IG INDUSTRIESTRASSE

die Forderungen der im letzten September angenommenen Industriestrasse-Initiative verwässert werden. Konkret:

- Dass Räume für die unkommerzielle Kultur verloren gehen, weil das historische Käslager – wo heute Künstlerateliers untergebracht sind – zu aufwendig saniert wird und die Mieten für die Ateliers dadurch zu hoch werden.
- Dass die Wohnbauträger, die den Zuschlag bekommen, sich nicht an Minimalstandards orientieren – und so gar keine günstigen Wohnungen schaffen.
- Dass der Nutzungsmix aus Alters- und Familienwohnungen sowie Kunst- und Gewerbe bei der Vergabe nicht festgeschrieben und damit auch nicht realisiert wird.

Ambühl fordert, dass den gemeinnützigen Wohnbauträgern ein engeres Pflichtenheft auferlegt wird, wenn die Stadt ihnen das Land im Baurecht ab-



Philipp Ambühl, Sprecher der IG Industriestrasse, gestern an der Industriestrasse.

Bild Dominik Wunderli

gibt. «Wir wollen, dass für 4½-Zimmer-Wohnungen ein Mietzins von nicht mehr als 1500 Franken verlangt wird. Die Baugenossenschaften reden bereits jetzt von 2000 Franken.» Zudem soll die Anzahl solcher Familienwohnungen definiert und die Grösse auf 100 Quadratmeter festgelegt werden.

Baugenossenschaften kontern

Das G-Net – ein Netzwerk aus Luzerner Baugenossenschaften – war am

erwähnten Workshop ebenfalls vertreten. Es wurde mit einbezogen, weil die Initiative vorschreibt, dass das Areal im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abgegeben wird. Zum Vorwurf, dass Wohnbaugenossenschaften das Käslager zu teuer sanieren würden, sagt Sprecher Florian Flohr: «Über die Standards einer allfälligen Sanierung wurde noch nicht gesprochen. Es gibt auch noch keinen Stadtratsbeschluss über eine Weiterführung.» Seitens des G-Nets

habe man es provisorisch als erhaltenswert bezeichnet – aber dies sei «noch nicht verbindlich».

Die Befürchtungen der IG Industriestrasse bezüglich der Mietzinse teilte Flohr nicht. «Der Mietzins einer 4½-Zimmer-Wohnung sollte die Grenze von 2000 Franken sicher nicht übersteigen. Das heisst aber nicht, dass der Zins nicht auch tiefer liegen kann.» Es komme auf den Standard und die Grösse der Wohnung an – diese Fragen seien noch offen. Der Nutzungsmix sei zudem im Grundsatz unbestritten.

Quartierverein ist zufrieden

Sind die Fronten zwischen den Playern nach dem Workshop verhärtet? Heinrich Bachmann verneint. Der Vize-Präsident des Quartiervereins Tribischen-Langensand bezeichnet die Gespräche trotz Diskrepanzen als konstruktiv. «Es wurde nach einem Konsens gesucht, und in zentralen Punkten konnte ein solcher auch gefunden werden.» So sei man sich einig darin, dass günstige Wohnungen und bezahlbare Künstlerateliers geschaffen werden sollen.

Durchgeführt wird das Beteiligungsverfahren von der Hochschule Luzern – im Auftrag des Stadtrates. «Es geht dabei darum, Gemeinsamkeiten zu finden, auf denen wir aufbauen können», erklärt Friederike Pfromm, Chef der

«Der Mietzins einer 4½-Zimmer-Wohnung sollte die Grenze von 2000 Franken nicht überschreiten.»

FLORIAN FLOHR,
SPRECHER G-NET

Dienstabteilung Immobilien. «Es handelt sich um eine neue Form der Einbindung verschiedener Player.» Anhörung und Mitsprache stünden dabei im Vordergrund – die Entscheidungsgewalt liege jedoch weiter bei den politischen Gremien.

Die Varianten seien ein Hilfsmittel gewesen, um die gegensätzlichen Positionen darzustellen – und aufzuzeigen, in welchen Punkten sie sich überschneiden. «Es handelt sich nicht um die Vorschläge, die zuhanden des Stadtrats gemacht werden.» Vielmehr sei es nun Aufgabe der Hochschule, die unbestrittenen Punkte und die verschiedenen Positionen zusammenzustellen. «Wir werden daraus dann einen Bericht an den Stadtrat verfassen», so Pfromm. Dieser definiert daraus die Kriterien und Anforderungen, nach denen ein Bauprojekt ausgewählt wird.